Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (KR/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Landtagswahl im Saarland
2. Robert Misik – Der Kampf um Freiheit
3. Eurokrise
4. Zinsgeschäfte in Sachsen: Wenn der Kämmerer zockt
5. Zur Kasse, bitte!
6. EZB-Chef Mario Draghi – Bringt dieser Mann uns Inflation
7. The great austerity war: what caused the US deficit crisis and who should pay to fix it
8. Tyler Cowen – The Age of the Shadow Bank Run
9. FDP-Kreisvorsitzender findet Streik asozial
10. Hohe Fahrkosten belasten Beziehungen
11. Stuttgart 21 wird teurer und ein Jahr später fertig
12. Dresdner Reden 2012 – Ines Geipel: „Jeder schweigt von etwas anderem. Deutsche Gewaltimplantate nach 1989"
13. Bundesverfassungsgericht Ein Gericht hebt ab
14. FDP: Alte Zöpfe und neue falsche Lehren
15. Neues aus der Anstalt
16. Das Letzte: Lafontaine ist schuld

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Landtagswahl im Saarland**
   Ergebnisse und Wahlanalysen von Infratest dimap finden Sie hier und von der Forschungsgruppe Wahlen hier. Siehe auch ZDF-Wahltool.

   Anmerkung WL: *Bemerkenswert finde ich,*

   - *dass die SPD entgegen dem in Umfragen vor der Wahl vorausgesagten Kopf-an-Kopf-Rennen mit knapp 5% hinter der CDU blieb, und das obwohl die SPD als Partei beliebter und eine Große Koalition unter SPD-Führung mit 39% gegenüber 34% erwünschter war; der Erfolg der CDU lag wohl daran,*

- *dass ein Großteil der früheren FDP-Wähler zur CDU abwanderte,*
- *dass die CDU ihre höchsten Werte mit 46% bei Wählerinnen und Wähler über 60 Jahren gefunden hat,*
- *dass die Piraten bei den unter 30-Jährigen 18 Prozent der Stimmen erhielten,*
- *dass die SPD von Arbeitern und Angestellten nur knapp über 30% und die Linke von den Arbeitern immerhin 23% der Stimmen erhielt,*
- *dass die Piraten bei den Erstwählern mit 23%, bei den männlichen Erstwählern gar mit 27% und bei den Wählerinnen und Wählern mit Abitur deutlich über ihrem Stimmenanteil, nämlich 12%, ja sogar bei den Arbeitern 11% der Stimmen erhielt, dass sie offenbar vor allem von den bisherigen Nichtwählern als Alternative betrachtet werden,*
- *dass die Linke die höchste Zahl der Abwanderer zu den Nichtwählern zu verzeichnen hatte,*
- *dass die Wahlbeteiligung einmal mehr von 67,6% auf 61,5% gesunken ist.*

2. **Robert Misik – Der Kampf um Freiheit**
   Die Konservativen haben den Freiheitsbegriff geklaut. Die Progressiven sollten ihn sich jetzt schleunigst zurückholen.
   Zugegeben: Ganz neu ist das nicht, dass sich die Priester eines ökonomischen Fundamentalliberalismus als "Kraft der Freiheit" großtun und den Linken und Progressiven die Punze anhängen wollen, diese seien für Gängelung. Man muss nur "Der Weg zur Knechtschaft" des Wirtschaftsnobelpreisträgers Friedrich von Hayek aus dem Jahr 1944 lesen. Hier beklagt er, nicht zuletzt wegen zaghafter Schritte in Richtung eines Wohlfahrtsstaates in den USA, in Großbritannien und Schweden: "Nur diejenigen, die sich noch an die Zeit vor 1914 erinnern können, wissen, wie eine liberale Welt ausgesehen hat? Schritt für Schritt haben wir jene Freiheit der Wirtschaft aufgegeben, ohne die es persönliche und politische Freiheit in der Vergangenheit nie gegeben hat." Ulkig: Der Räuberbaronkapitalismus vor 1914 war die goldene liberale Welt, Roosevelts "New Deal" die Aufgabe der Freiheit.
   Quelle: taz
3. **Eurokrise**
   a. **Geschätzter Kunde**
      Überall wird in Hellas gespart, nur bei den Waffen-Einfuhren so gut wie gar

nicht. Könnte dies daran liegen, dass sie größtenteils aus Deutschland kommen? […]
Während die Waffenexporteure Deutschland, Frankreich und Großbritannien von diesem Zuwachs profitieren konnten, hat er gleichzeitig den wirtschaftlichen Graben in der EU vertieft. Interessanterweise ist Portugal – ein weiteres Land, das sich in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet – nach Griechenland Deutschlands zweitgrößer Abnehmer von Rüstungsgütern.
Quelle: Der Freitag

b. **"Die Europäische Union zerbricht"**
Der griechische Ökonom Yanis Varoufakis über Griechenlands Zukunft, die sozialen Verwerfungen in seiner Heimat und die deutsche Suche nach einer Strategie für die Euro-Zone
"Diese Art der Rettung ist unser Untergang", sagt Yanis Varoufakis über das letzte Hilfspaket für Griechenland vom Europäischen Rettungsfonds und dem Internationalem Währungsfonds. Varoufakis ist ein renommierter griechischer Wirtschaftswissenschaftler, der an der Universität von Athen lehrt. Gerade ist sein Buch "Der globale Minotaurus" auf Deutsch erschienen. Die Europäische Union hat, jedenfalls in ihrer gegenwärtigen Form, keine Zukunft, glaubt er: Wegen des faktischen, nur mühsam verschleierten Staatsbankrotts Griechenland und Portugals werden diese Länder wahrscheinlich bald den Euro verlassen müssen.
Quelle: Telepolis

c. **Desaströse detaillierte BIP Daten aus Portugal**
Bereits am 09. März 2012 veröffentlichte das portugiesische Statistikamt (INE) detaillierte Daten zum Bruttoinlandsprodukt im 4. Quartal 2011. Wie anhand der gewählten Mittel zur Bewältigung der Schuldenkrise absehbar war, beschleunigt sich auch in Portugal die Abwärtsbewegung der wirtschaftlichen Aktivität. Einige Details sind regelrecht erschreckend und dokumentieren den Weg Portugals in Richtung Griechenlands. Im 4. Quartal 2011 sank das reale BIP um -2,8% zum Vorjahresquartal. Sieht man sich die Verwendungsrechnung des realen BIPs an, offenbart sich ein echter Hammer, denn die realen privaten Konsumausgaben schrumpften um die Rekordrate von -6,6% zum Vorjahresquartal, die realen Staatsausgaben sanken um -5,7% und die realen Bruttoinvestitionen um -24,3% zum Vorjahresquartal. Einzig der Außenbeitrag (Exporte-Importe) konnte sich verbessern, denn die realen Exporte stiegen um +5,8% und die realen Importe sanken um -13,5%, jeweils zum Vorjahresquartal. Immerhin hier stimmt die Richtung, aber der Außenbeitrag ist immer noch negativ und vor allem kann er die anderen brachialen Einbrüche beim Konsum und den Investitionen nicht

abfedern.
Quelle: Querschuesse

d. **Moody's stuft Zypern auf Ramschniveau herab**
Die Ratingagentur bewertet Staatsanleihen der Mittelmeerinsel als hoch spekulatives Investment. Nach Griechenland, Portugal und Irland ist Zypern der vierte Euro-Staat mit einer derart schlechten Note. Moody's begründete die Entscheidung unter anderem mit den Auswirkungen der Griechenland-Krise auf Zypern. Es gebe ein verstärktes Risiko, dass die Regierung die Banken des Landes wegen deren Engagement in Griechenland stützen müsse. Dies hätte direkte Auswirkungen auf die Staatsfinanzen.
Quelle: FTD

Anmerkung Orlando Pascheit: *Aber die Eurostaaten sind ja so stolz, dass so viele Staaten zum Euroclub gehören wollen. Aus ökonomischer Sicht ist es fragwürdig, dass Malta, Zypern, Slowenien, die Slowakei und zuletzt ganz im Angesicht der Krise Estland aufgenommen wurden. Da mögen diverse nominale Kriterien kurzfristig erfüllt sein, aber die realwirtschaftlichen Strukturen haben einen beachtlichen Aufholbedarf. Bei Zypern fällt zurzeit die enge wirtschaftliche Verflechtung mit den griechischen Banken auf. Aber für eine Volkswirtschaft, die mit dem Eurobeitritt auf der Höhe Kerneuropas sein möchte, reicht es nicht aus, wenn sie seiner stets defizitären Handelsbilanz nur den Tourismus entgegensetzen kann? Die Leistungsbilanz wies 2011 ein Defizit in Höhe von -2,8 Mrd. Euro oder, gemessen am BIP, -15,8% auf.*
Selbst das ehemalige Musterland Slowenien, das als erstes osteuropäisches Land der EWU beitrat, ist in der Krise und wurde im Dezember von Aa3 auf A1 und im Februar auf A2 herabgestuft (Hier der Stand vom 15. März aller Länder Europas).
Bei der Einschätzung von Moody's wird der im Verhältnis zur gesamten Volkswirtschaft zu große Bankensektor als Problem gesehen, der wahrscheinlich weiterer Unterstützung bedürfe. Risiken bestünden für die kleine und sehr offene Volkswirtschaft auch durch die restriktive Politik im gesamten Euro-Raum. Der Schuldenabbau Sloweniens werde schwieriger. Die Maßnahmen, die Slowenien getroffen hat, sind nur allzu vertraut: Lohnkürzungen von 15 Prozent für Beamte und Funktionäre, die außerdem auf Urlaubsgeld verzichten werden müssen, Lehrer sollen länger arbeiten und die Schulklassen werden vergrößert, das Arbeitslosengeld und die Dauer des Anspruches auf Arbeitslosengeld werden gekürzt, gespart wird beim Kindergeld und bei den Subventionen für die Verpflegung von Schülern usw. Die Merkelsche "Austeritätsökonomie"

allerorten. Im April kommt eine Delegation der EU-Kommission, um die Pläne zur Reduzierung der Staatsfinanzen (Haushaltsdefizit 2011: 6 Prozent) zu begutachten. – Höchste Zeit, dass die EU die Neuaufnahme von weiteren osteuropäischen Volkswirtschaften stoppt und – neben der grundsätzlichen Krisenökonomie – die Aufnahmekriterien für die EWU überarbeitet.

***Ergänzung AM:** Aus Anlass des Falls Sloweniens frage ich: Liegt es denn mehr an der Aufnahme „nicht reifer" Kandidaten oder an der wesentlich von Deutschland geprägten falschen Euro-Politik? Denken wir z.B. an Spanien. Siehe nächste Ziffer e. Für andere Kandidaten und aufgenommene Länder wie Estland gilt vermutlich, was Orlanda Pascheit schreibt.*

e. **Die wahre Bombe liegt in Spanien**
Die wahre Prüfung für die Europäische Währungsunion wird nicht in Athen stattfinden, sondern 2400 Kilometer weiter westlich: in Spanien. Das ist das Land, das uns die nächsten Jahre in Atem halten wird.
Quelle: Tagesanzeiger

4. **Zinsgeschäfte in Sachsen: Wenn der Kämmerer zockt**
Mit hochspekulativen Zinsgeschäften haben mindestens 40 sächsische Städte, Landkreise, kommunale Betriebe und Zweckverbände Geld verloren. Es geht um ein Geschäftsvolumen von mehr als einer halben Milliarde Euro. Eigentlich sollten so Schulden vermieden werden. Doch nun stehen viele Kommunen kurz vor der Pleite.
Quelle: SZ
5. **Zur Kasse, bitte!**
[…] SPD, Linke und Grüne wollen mit der Steuer die Sparlast durch die Schuldenbremse auf breitere Schultern verteilen. „Die Chancen für die Vermögenssteuer stehen nicht schlecht", sagt Lisa Paus, grüne Obfrau im Finanzausschuss des Bundestags. Sie fordert zunächst eine Vermögensabgabe, die auf zehn Jahre beschränkt ist. Sie soll 100 Milliarden Euro in die Kassen spülen und ausschließlich dazu da sein, die Krisenkosten zu finanzieren. Eine Abgabe hat den Vorteil, dass nur der Bundestag zustimmen muss; für eine Vermögenssteuer braucht es dagegen auch die Mehrheit im Bundesrat. Mittelfristig hält Paus aber auch die Steuer für machbar: Würden sich SPD und Grüne im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen durchsetzen, käme man einer Bundesratsmehrheit schon näher, rechnet die Grünen-Abgeordnete vor. Niedersachsen müsste im nächsten Jahr noch hinzukommen. Dann gäbe es erstmals seit 1999 wieder eine linke Mehrheit im Bundesrat.
Bleibt die Frage, ob es auch im Bund 2013 für Rot-Grün reicht. Und ob in diesem Fall

die SPD an ihrer Linie festhält. 2009 hatte der damalige SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier Forderungen nach einer Vermögenssteuer noch eine Abfuhr erteilt. Auf dem Parteitag Ende vergangenen Jahres setzten sich dann jedoch die SPD-Linken durch – zumindest bei der Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent und dem Bekenntnis zur Vermögenssteuer.
Quelle: Der Freitag

6. **EZB-Chef Mario Draghi – Bringt dieser Mann uns Inflation**
Mit einer Charmeoffensive wirbt EZB-Chef Mario Draghi um die Gunst der Deutschen. Dabei riskiert seine Geldpolitik ausgerechnet das, was die Deutschen am meisten fürchten: die Rückkehr der Inflation.
Quelle: FAZ

Anmerkung JB: *Die Argumentation der FAZ hat einen gewaltigen Haken. Der einzige im Artikel genannte potentielle Inflationsfaktor, der einer ernsthaften Überprüfung standhält, sind die im Raum stehenden Tariferhöhungen in diesem Jahr. Der Einfluss Mario Draghis auf die Tarifparteien kann jedoch getrost als nicht vorhanden bezeichnet werden. Es wäre ja mal interessant zu wissen, wie die FAZ sich eigentlich eine inflationstreibende Wirkung der EZB-Geldpolitik vorstellt. Leider weiht man seine Leser jedoch nicht in die „Logik" dieser Argumentation ein – und man weiß sicher auch warum.*

7. **The great austerity war: what caused the US deficit crisis and who should pay to fix it**
The right-wing coalition has been so successful over recent decades that the long-run challenges facing the country today are daunting. The US economy no longer serves the needs of the majority of Americans and the global neoliberal capitalist system within which it is embedded is in crisis. A second global financial disaster is not unlikely in the intermediate future. We need radical changes in both our economic and political systems. We have to change to an economic model that can produce reasonable prosperity and security for American families with much less inequality than we have at present. To achieve such an economic transformation, we have to create a functioning democracy in which the informed priorities of the majority are reasonably reflected in the outcomes of the political process, one that will replace the oligarchic control over the politics of the present moment. To achieve a functioning democracy, we need a well-informed public that understands the causes of our economic problems and can distinguish between policies that are and are not in their interest.
Quelle: Cambridge Journal of Economics

Anmerkung unseres Lesers A.G.: *Das "Special Issue: Austerity: Making the same mistakes again – Or is this time different?" des Cambridge Journal of Economics ist eine wahre Fundgrube hochklassiger wirtschaftswissenschaftlicher Artikel zu der Finanz- und aus ihr folgenden Staatsschuldenkrise. Das sind knapp 350 Seiten auf sehr hohem Niveau.*
Leider sind einige hoch interessante zur Wirtschaftspolitik der EU oder zum Zusammenhang von Lohnpolitik und Finanzkrise nicht frei zugänglich. Auf die frei zugänglichen Artikel lohnt es sich m.E. hinzuweisen. […]
2. "Dangerous interconnectedness: economists' conflicts of interest, ideology and financial crisis" ist eine Untersuchung zu 19 renommierten Wirtschaftsprofessoren und ihrer Verstrickung mit der Finanzindustrie. Als ersten Schritt schlagen die Autoren einen Verhaltenskodex vor, der die vorhandenen Interessenkonflikte der Wissenschaftler offenlegen soll.
3. "Making the same mistake again—or is this time different?" ist der Eingangsartikel zum Special Issue: "The problems in Western economies are deeply structural and ideological, resulting from nearly 40 years of economic liberalisation and financialisation. Reversing their effects will require a fundamental reorganisation and reorientation of both national economies and the global economic system of which they form a part."

8. **Tyler Cowen – The Age of the Shadow Bank Run**
   […] These newer forms occur in the so-called shadow banking system, involving short-term financial credit not guaranteed by the deposit insurance umbrella. According to the Federal Reserve Bank of New York, shadow banking accounts for about $15 trillion in assets — more than the traditional banking system. But as recently as 1990, the shadow-banking total was much lower, at less than $4 trillion. The core problem is that the growth of short-term credit has been outracing our ability to protect it, and since 2008 most investors have realized that these shadow-banking transactions are not risk-free. […]
   In short, no promising financial path is before us. It's good that the American economy seems to be recovering, and this may shove some problems into the future. But banking and finance remain a mess at their core. Welcome to the 21st century.
   Quelle: New York Times
9. **FDP-Kreisvorsitzender findet Streik asozial**
   Mit scharfen Worten hat der FDP-Vorsitzende im Kreis Wesel, Michael Terwiesche, die aktuellen Warnstreiks im öffentlichen Dienst kritisiert. Verdi schade den Bürgern. Das Vorgehen der Gewerkschaften sei asozial. Er forderte stattdessen weitere Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Quelle: Der Westen

Anmerkung MB: *Solche Kommunalpolitiker/innen gibt es überall. Hier scheint der Streik allerdings nur ein Einstiegsthema in das Thema Privatisierung zu sein, das der Herr Rechtsanwalt Terwiesche anpeilt. Und da gibt es ganz konkrete finanzielle Interessen. Schauen Sie sich mal die Anwaltskanzlei des Herrn Dr. Michael Terwiesche an und dann sehen Sie seine Tätigkeitsgebiete. Und nun werfen Sie mal einen Blick auf eines der Hauptaufgabengebiete dieser Kanzlei:*

> „Die öffentliche Hand und private Investoren arbeiten bei der Verwirklichung von Großbauvorhaben und Infrastrukturprojekten zunehmend miteinander. Firmen übernehmen dabei Teilbereiche staatlicher Aufgaben. GTW berät und betreut sowohl die öffentliche Hand als auch private Investoren bei der Bauleitplanung, städtebaulichen Verträgen sowie Investorenverträgen. Hierzu greifen wir bei Bedarf auf ein bewährtes Team von Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern zurück. Unser Ziel: Die Realisierung Ihrer Vorhaben."

Noch Fragen … Ja, eine: Warum schreibt „Der Westen" nichts über diese Interessenverquickungen – warum höflich bleiben: über diese politische Korruption !?!? Wir brauchten nur fünf Mausklicks, um diese Informationen zu finden.
Die gute Nachricht ist, dass die FDP früher oder später zum Balken in der Rubrik „Sonstige" gehören wird.
Aber wie schon geschrieben. Solche Kommunalpolitiker gibt es überall, z.B. in Frankfurt am Main.

10. **Hohe Fahrkosten belasten Beziehungen**
So selbstverständlich Mobilität heute ist, so selbstverständlich steigen die Kosten, die sie verursacht. Immer mehr Menschen verzichten auf wichtige Fahrten – weil sie zu teuer geworden sind und gefährden so ihre sozialen Kontakte.
Quelle: Frankfurter Rundschau
11. **Stuttgart 21 wird teurer und ein Jahr später fertig**
Das umstrittene Milliardenprojekt Stuttgart 21 geht erst Ende 2020 in Betrieb. Die Bahn erklärt die Verspätung mit einem verzögerten Beginn des Grundwassermanagements. Die Kosten für den Bahnhofsumbau steigen auf 4,3 Milliarden Euro.
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung JB: *Wer hätte das gedacht?*

12. **Dresdner Reden 2012 – Ines Geipel: „Jeder schweigt von etwas anderem. Deutsche Gewaltimplantate nach 1989“**
[…] Nehmen wir einen Namen heraus, aus dem Einheits-Sextett. Karl Heinz Gasser beispielsweise. Seine Polit-Karriere ist beispielhaft. Tatsächlich gab es nur wenige, die sich im postpolitischen Raum des Ostens nach 1989 derart zum Feldbefrieder empfehlen konnten wie er. Von der Hessischen Landesregierung abgeordnet, wurde er bereits ab 1990 als Staatssekretär in verschiedenen Thüringer Ministerien eingesetzt. In den turbulenten Umbruchsjahren schien er als Jurist mit Standvermögen und mit Format der passende Mann für das speziell Akute, für Sonderaufträge der politischen Neuzeit. Nicht von ungefähr wurde er im November 1994 aushilfsweise für fünf Monate ins Thüringische Wirtschaftsministerium beordert. Sein Auftrag lautete dort, die Landesregierung gegen Wirtschafts-Blindgänger oder auch größere „Liquiditätsschwierigkeiten“ von Firmen abzusichern, die in den Gründerjahren im Sinne der Osterweiterung auf den goldenen Schnitt aus waren. Subventionstöpfe gab es in den Jahren in unüberschaubarer
Vielfalt, Aufbaugelder flossen reichlich. Beim Durchforsten der Akten in seinem neuen Ressort wurde Karl Heinz Gasser denn auch rasch fündig. Er war es, der 1995 Anzeige gegen den bayrischen cd-Fabrikanten Reiner E. Pilz erstattete und damit einen der spektakulärsten Subventionsskandale in den neuen Bundesländern ins Rollen brachte. Auf den ersten Blick mag es nicht recht einleuchten, was Gasser und eine hochkorrupte Wirtschafts- Geschichte mit den Gewaltimplantaten aus Jena zu tun haben soll. Auf den zweiten Blick sind es vielleicht genau diese Umwege, die die Links liefern
Quelle: Dresdner Reden 2012 [PDF – 690 KB]
13. **Bundesverfassungsgericht Ein Gericht hebt ab**
Die Verfassungsbeschwerde, mit der sich jeder an Karlsruhe wenden kann, gehört zu den wunderbarsten Dingen in Deutschland. Man muss nicht Juristerei studiert haben, um ans Bundesverfassungsgericht zu schreiben, man muss auch keinen Anwalt haben; manche Schreiber machen das dadurch wett, dass sie sich rührend bemühen, juristische Formeln zu verwenden. Das erscheint einigen Karlsruher Koryphäen lächerlich. Sie wollen einen Abwimmelmechanismus etablieren. Das ist gefährlich und schädlich. Ein Kommentar von Heribert Prantl
Quelle: SZ
14. **FDP: Alte Zöpfe und neue falsche Lehren**
Die FDP-Fraktion im niedersächsischen Landtag hat am 7. März ein Papier mit dem Titel „Acht Punkte für eine liberale Finanzverfassung“ vorgestellt (im Folgenden

schlicht „Papier“ genannt). Darin spricht sie sich, mit konkreten Vorschlägen verbunden, für eine deutlich restriktivere Gestaltung der Finanzverfassung in Deutschland aus. Sie fordert neben einer (letztlich vorwiegend ausgabenseitig zu erreichenden) Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auch für eine Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Bundesländern. Würden die Vorschläge der FDP umgesetzt, wären drastische Kürzungen, konjunkturelle Verwerfungen und eine wachsende Ungleichheit die Folge.
Das FDP-Papier beruht weitgehend auf falschen Annahmen über die Funktionsweise einer Volkswirtschaft wie auch auf fragwürdigen Interpretationen der aktuellen wirtschaftlichen und finanziellen Situation Niedersachsens, Deutschlands und Europas. Es ist ideologisch verblendet und in seinen Schlussfolgerungen politisch verantwortungslos.
Quelle: annotazioni.de – Anmerkungen zur Zeit

15. **TV-Tipp: Neues aus der Anstalt**
Am 27. März begeben sich Urban Priol und Erwin Pelzig wieder auf ihre Monatsvisite. Zu einem satirisch-therapeutischen Kurzaufenthalt werden in dieser Ausgabe die Kabarettisten Uwe Steimle, Helmut Schleich und Hagen Rether „eingeliefert“.
27. März 2012, um 22.15 Uhr im ZDF!
Quelle: ZDF
16. **Das Letzte: Parteichef Gabriel keilt gegen die Linke** und deren Spitzenkandidaten Lafontaine. Der habe es geschafft, zum dritten Mal in Folge einen CDU-Regierungschef ins Amt zu bringen. Dabei wäre Maas Ministerpräsident, wenn er mit der Linkspartei zusammenginge.